

**Interpellation Nr. 123 (November 2019)**

19.5506.01

betreffend Durchsetzung von LKW-Fahrverboten gewährleisten

Damit die Wohnbevölkerung in Basel von einer möglichst hohen Lebensqualität profitieren kann, werden die Quartiere (siedlungsorientierte Strassen) möglichst von jenem Verkehr entlastet, der über das verkehrsorientierte Strassennetz abgewickelt werden kann. Dies geschieht u.a. durch verkehrslenkende und verkehrsbeschränkende Massnahmen – wie z.B. mit einem LKW-Fahrverbot in einigen Strassen.

So gilt beispielsweise im Dreieck Elsässerstrasse-Hünigerstrasse-Voltastrasse ein LKW-Fahrverbot. Leider sind in jenem Gebiet dennoch weiterhin viele LKW-Fahrten zu verzeichnen. Es ist davon auszugehen, dass die LKW-Fahrer\*innen nicht böswillig das Verbot missachten, sondern sich von Norden her kommend dorthin «verirren». Dies hat sicher auch mit der doppelstöckigen Fahrbahn auf der Dreirosenbrücke zu tun, wo ein Wechsel der Fahrbahn nicht mehr möglich ist, wenn man mal falsch «eingefädelt» ist.

Dass Massnahmen zur Verkehrsentslastung auch wirklich ihre Wirkung haben, muss unbedingt sichergestellt werden.

Die Interpellantin bittet die Regierung um die Beantwortung der folgenden Fragen:

1. Ist das Problem, dass im Perimeter Elsässerstrasse-Hünigerstrasse-Voltastrasse trotz LKW-Fahrverbot dennoch täglich viele LKW verkehren, polizeilich und statistisch bekannt und erfasst?
2. Was ist die Strategie, mit der dieses (und andere) LKW-Fahrverbote durchgesetzt werden sollen? Und welche Massnahmen werden ergriffen, wenn es nicht funktioniert?
3. Wie sind die Erfahrungen mit anderen LKW-Fahrverboten in Basler Quartieren? Konnte dort eine konsequente Entlastung erzielt werden?
4. Sieht die Regierung eine Verbesserungsmöglichkeit in der Beschilderung auf der Autobahn oder auf dem kantonalen Strassennetz, so dass – wie oben beschrieben – die LKW nicht irrtümlich in das LKW-Fahrverbot geraten?
5. Gibt es anderes Verbesserungspotenzial zur Durchsetzung der Verkehrsmassnahme?

Lisa Mathys